

Vorlage Nr. 16/2025		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Verlängerung und Aufstockung eines 0,5 befristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfes zur Umsetzung des bundesweiten Projektes „Jugendklimarat: Jugendliche unterstützen kommunalen Klimaschutz in Deutschland“ für das Klimastadtbüro des Umweltschutzamtes

A Problem

Zum Haushalt 2022/2023 wurde für das Klimastadtbüro des Umweltschutzamtes ein 0,5 überplanmäßig anerkannter Bedarf (Entgeltgruppe 10 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) befristet bis zum 31.12.2025 zur Umsetzung des bundesweiten Projektes „Jugendklimarat: Jugendliche unterstützen kommunalen Klimaschutz in Deutschland“ eingerichtet.

Der Jugendklimarat Bremerhaven ist ein Verbundprojekt der co2online gemeinnützigen Beratungsgesellschaft mbH Berlin und des Klimastadtbüros des Umweltschutzamtes und wird von der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz gefördert. Ziel ist es, Jugendliche an kommunalen Entscheidungsprozessen im Kontext des Klimaschutzes zu beteiligen. Projektiert werden soll zudem die Gründung weiterer Jugendklimaräte in Deutschland sowie eines Dachverbandes mit Sitz in Bremerhaven.

Im Rahmen des Projektes wurde ein Antrag auf Gewährung einer Bundeszuwendung gestellt. Aufgrund von Verzögerungen im Antragsverfahren dauerte es bis zu dessen Bewilligung knapp drei Jahre. Zwischenzeitlich wurde die Zuwendung befristet bis zum 31.05.2027 bewilligt. Es ist daher beabsichtigt, die Projektstelle des Klimastadtbüros des Umweltschutzamtes ebenfalls bis zum 31.05.2027 zu verlängern und auf 1,0 anerkannten Bedarf aufzustocken. Das Umweltschutzamt geht inzwischen von einer Bewertung der Tätigkeiten nach Entgeltgruppe 12 TVöD (Entgeltordnung/VKA) aus.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, den zur Umsetzung des bundesweiten Projektes „Jugendklimarat: Jugendliche unterstützen kommunalen Klimaschutz in Deutschland“ bestehenden 0,5 überplanmäßigen Bedarf auf 1,0 überplanmäßigen Bedarf (Entgeltgruppe 12 TVöD (Entgeltordnung/ VKA), vorbehaltlich Bewertung) aufzustocken und diesen befristet bis zum 31.05.2027 zu bewilligen.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Auf der Grundlage der Personalhauptkosten von 2025 entstehen zusätzliche Personalkosten wie folgt:

Ausgehend von einer Besetzung des überplanmäßigen Bedarfs ab September 2025 und vor-

behaltlich der Bewertung nach Entgeltgruppe 12 TVöD entstehen im Haushaltsjahr 2025 zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 38.200 € brutto. Im Haushaltsjahr 2026 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von 101.000 € brutto und im Haushaltsjahr 2027 bis zum Auslaufen der Befristung ca. 42.000 € brutto.

Die Finanzierung erfolgt zu 90 % aus Drittmitteln. Die übrigen 10% werden aus dem Budget des Umweltschutzamtes bzw. aus dem Ausschussbereich gedeckt.

Die zusätzlichen Raumbedarfe werden innerhalb des Umweltschutzamtes gedeckt.

Die Umsetzung der Klimaschutzziele wird unterstützt.

Die Besetzung des überplanmäßigen Bedarfs erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

Besondere Belange von Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sind insoweit betroffen, als dass Bremerhavener Jugendliche eine Vorreiterrolle in einem bundesweiten Partizipationsprojekt einnehmen können. Der Jugendklimarat steht allen Jugendlichen mit einem Wohnsitz oder Ausbildungsplatz in Bremerhaven offen und damit auch ausländischen Mitbürger:innen und Menschen mit Behinderung, für deren Beteiligung geworben wird.

E Beteiligung / Abstimmung

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung am 03.04.2025 zugestimmt.

Die zuständigen Mitbestimmungsgremien sind im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages zu beteiligen.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, den zur Umsetzung des bundesweiten Projektes „Jugendklimarat: Jugendliche unterstützen kommunalen Klimaschutz in Deutschland“ bestehenden 0,5 überplanmäßigen Bedarf auf 1,0 überplanmäßigen Bedarf (Entgeltgruppe 12 TVöD (Entgeltordnung/ VKA), vorbehaltlich Bewertung) aufzustocken und diesen befristet bis zum 31.05.2027 zu bewilligen.

Torsten Neuhoﬀ
Bürgermeister